

Per Mail: ehra@bj.admin.ch

Bern, 3. Juli 2026

Vernehmlassung: Indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die nachhaltige Unternehmensführung) zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Grossunternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Position Die Mitte:

Die Mitte unterstützt verantwortungsvolle Unternehmensführung, jedoch unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und des Schutzes unserer KMU. Die Vorlage weist in zentralen Punkten erhebliche Schwächen auf und bedarf einer grundlegenden Überarbeitung.

Die Mitte anerkennt die Bedeutung verantwortungsvoller Unternehmensführung sowie die Notwendigkeit, internationale Entwicklungen im Bereich Nachhaltigkeit und Sorgfaltspflichten zu berücksichtigen. Unternehmen tragen heute eine zunehmende Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Umwelt und ihren Mitarbeitenden. Gleichzeitig ist für Die Mitte zentral, dass neue Regulierungen nicht zu einer Schwächung des Wirtschaftsstandorts Schweiz führen. Die Schweiz ist auf innovative und international wettbewerbsfähige Unternehmen angewiesen.

Viele Schweizer Unternehmen sind bereits heute direkt oder indirekt von EU-Regelungen betroffen und müssen entsprechende Anforderungen erfüllen. Im Rahmen des indirekten Gegenvorschlags soll die Schweiz nur EU-Recht berücksichtigen, dass in der EU auch tatsächlich umgesetzt wird. Es dürfen nun keine zusätzlichen nationalen Verschärfungen entstehen. Auf einen sogenannten „Swiss Finish“ muss konsequent verzichtet werden. Die Schweiz darf sich im internationalen Wettbewerb nicht durch übermässige regulatorische Zusatzanforderungen selbst benachteiligen.

Auswirkungen auf KMU

Die Begrenzung des direkten Geltungsbereichs auf sehr grosse Unternehmen relativiert sich in der praktischen Umsetzung erheblich, da die Auswirkungen entlang der Lieferketten weit in die Wirtschaft hineinreichen. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen geraten häufig indirekt unter Druck, umfangreiche Nachweise, Berichte und Dokumentationen zu erbringen. Die indirekte Betroffenheit darf deshalb keinesfalls unterschätzt werden. Für Die Mitte ist es zentral, dass KMU durch die Vorlage nicht zusätzlich belastet werden. KMU bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie sichern Arbeitsplätze, Innovation und regionale Wertschöpfung. Zusätzliche administrative Belastungen treffen diese Unternehmen besonders stark, da ihnen oftmals die personellen und finanziellen Ressourcen grosser Konzerne fehlen.

Die Mitte beurteilt die Auswirkungen auf KMU deshalb als klar problematisch. Die Vorlage enthält zwar gewisse Ansätze zum Schutz der KMU, diese bleiben jedoch zu unpräzise, zu wenig verbindlich und in ihrer praktischen Umsetzung unklar. Aus Sicht der Mitte ist dies ungenügend. So ist u.a. zu vermeiden, dass Pflichten einseitig auf KMU abgewälzt werden. Es droht eine schleichende Überregulierung der KMU über die Anforderungen entlang der Lieferketten. Der administrative Aufwand wird zudem massiv unterschätzt.

Delegationsnormen, Haftungsregelung und Bürokratie

Die Vorlage enthält eine hohe Anzahl an Delegationsnormen. Damit werden wesentliche materielle Fragen erst auf Verordnungsstufe konkretisiert. Die effektive Tragweite der Vorlage ist damit erst auf Verordnungsebene ersichtlich, was aus Sicht der Mitte erhebliche Rechts-, Planungs- und Umsetzungsunsicherheiten nach sich zieht und auch in rechtsstaatlicher Hinsicht problematisch erscheint.

Die Haftungsregelung geht in der vorliegenden Form viel zu weit und wird abgelehnt. In der jetzigen Ausgestaltung werden erhebliche und schwer kalkulierbare Risiken geschaffen, die zu Standortnachteilen für Schweizer Unternehmen führen. Unternehmen benötigen Rechtssicherheit und klare Rahmenbedingungen. Die Haftung ist deshalb konsequent im Rahmen des Obligationenrechts zu belassen und kein eigenständiges, spezielles Haftungsregime zu schaffen.

Darüber hinaus wird die vorgesehene Aufsichtsstruktur abgelehnt. Damit wird die Bürokratie erheblich ausgebaut, was abzulehnen ist. Die geplante Aufsicht würde einen erheblichen zusätzlichen Koordinations- und Kostenaufwand für Behörden und Unternehmen verursachen, ohne dass hierfür ein Mehrwert geschaffen wird. Darüber hinaus drohen Abgrenzungs- und Interessenkonflikte zu bestehenden Aufsichts- und Vollzugsstrukturen, was die Gefahr von widersprüchlichen Anordnungen und mithin von Rechtsunsicherheit zur Folge hat. Durch das vorgesehene besondere Schlichtungsverfahren entsteht zudem auch für die Kantone ein erheblicher administrativer Zusatzaufwand und erhöht die Komplexität des Vollzugs zusätzlich.

Fazit

Die Mitte Schweiz unterstützt deshalb den indirekten Gegenvorschlag grundsätzlich in seiner Zielsetzung, jedoch nicht in seiner heutigen Ausgestaltung. Der vorliegende Gegenvorschlag schiesst in mehreren Punkten über das Ziel hinaus und schafft neue Risiken insbesondere für KMU. Zwar ist der Gegenvorschlag weniger weitgehend als die Initiative selbst, dennoch fehlt ihm die notwendige Ausgewogenheit zwischen Verantwortung, wirtschaftlicher Tragbarkeit und Rechtssicherheit. Die Vorlage weist somit in zentralen Punkten erhebliche Schwächen auf und bedarf einer grundlegenden Überarbeitung. Die Mitte fordert insbesondere konsequent auf einen „Swiss Finish“ zu verzichten, einen verbindlichen und wirksamen Schutz unserer KMU, ein Verzicht auf ein neues Haftungsregime, die Reduktion von administrativen Belastungen und ein Weglassen der geplanten Aufsichtsstruktur.

Ohne diese Anpassungen droht die Vorlage, mehr Unsicherheit, Bürokratie und zusätzliche Kosten zu schaffen, als einen tatsächlichen Nutzen für Mensch, Umwelt und Wirtschaft zu erzielen. Eine nachhaltige Unternehmensführung kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie international abgestimmt, praktikabel und wirtschaftlich tragbar ausgestaltet ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Die Mitte

Sig. Philipp Matthias Bregy
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Blaise Fasel
Generalsekretär Die Mitte Schweiz